No. 113. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Sonnabend, 7. März 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: S. Prinzenstr. 41, SO. Köpnickerstr. 1, SO. Oranienstr. 20, O. Petersburgerstr. 2, NO. Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, NO. Ruvfeier. 31, N. Schiffbauerdamm 1, N. Schulzendorferstr. 27 (am Weddingplatz), C. Königstraße 56/57, NW. Alt-Moabit 138, W. Potsdamerstr. 35, W. Bayreutherstr. 32, W. Leipzigerstr. 103, SW. Mittenwalderstraße 6, Ritzdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 und Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenburg, Kantstraße 34, Pankow, Berlinerstraße 135.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Hierzu die Illustrierte Sonntagsbeilage Nr. 10.

Ein Brief des Deutschen Kaisers,

der viel Staub aufwirbelt.

Die deutschfeindliche Londoner Zeitung „Times" hat in ihrer gestrigen Morgennummer ihren Lesern einen Sensationsleckerbissen allerersten Ranges aufgetischt: einen Brief des Deutschen Kaisers an Lord Tweedmouth, den ersten Lord der britischen Admiralität. Das Cityblatt, dem es, nebenbei gesagt, finanziell sehr schlecht geht, veröffentlicht folgende Zuschrift:

„Ich halte es für meine Pflicht, die Aufmerksamkeit des Publikums auf eine Angelegenheit von großer Wichtigkeit zu lenken. Es ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß Seine Majestät der Deutsche Kaiser einen Brief an Lord Tweedmouth über Gegenstände der britischen und deutschen Flottenpolitik gerichtet hat, und es wird versichert, daß dieser Brief sich zu einem Versuch versteigt, den für unseren Flottenetat verantwortlichen Minister in deutschem Interesse zu beeinflussen. Der Brief ist zweifellos authentisch, und eine Antwort ist erfolgt. Unter diesen Umständen, und da die Angelegenheit infolge der Anzahl der Personen, denen der Brief höchst unklugerweise bekannt gemacht worden, ein offenes Geheimnis ist, erlaube ich mir, darauf zu dringen, daß der fragliche Brief mit der Antwort unverzüglich dem Parlament vorgelegt werde. Ihr militärischer Korrespondent."

In einem an diese Zuschrift geknüpften Leitartikel führte das Londoner Blatt aus: „Der Kaiser führt den Ehrentitel eines Admirals der englischen Flotte. Wenn ein solcher Titel jedoch einem fremden Potentaten das Recht gewähren sollte, sich in unsere inneren Angelegenheiten durch einen geheimen Appell an den Chef des Departements, von dem die Sicherheit des Landes abhängt, einzumischen, so kann man nur sagen, daß die Abschaffung solcher dynastischen Komplimente eine dringende Notwendigkeit ist."

Inzwischen ist bereits eine Erklärung des Lord Tweedmouth erfolgt. Ein gestern abend hier eingetroffenes Telegramm aus London meldet:

Der erste Lord der Admiralität, Tweedmouth ermächtigte das Reuterische Bureau zu der Erklärung, der Brief des Deutschen Kaisers an ihn enthalte eine rein persönliche Mitteilung, die ihm nicht in seiner Eigenschaft als erstem Lord der Admiralität gemacht wurde, und habe mit dem englischen Marineetat nichts zu tun. Der Sekretär Tweedmouths sagte, am kommenden Montag werde eine Mitteilung über die Angelegenheit an das Haus der Lords gelangen. Bis dahin sei eine Veröffentlichung der betreffenden Korrespondenz nicht beabsichtigt.

Es ist bedauerlich, daß eine erschöpfende Erklärung oder noch besser eine Veröffentlichung des Briefes im Wortlaut nicht sofort erfolgt ist. Dadurch, daß Lord Tweedmouth damit bis Montag warten will, sicherlich um mit dem Deutschen Kaiser zu korrespondieren und dessen Genehmigung zu der beabsichtigten Veröffentlichung einzuholen, wird leider allerlei aufregenden Vermutungen Tür und Tor geöffnet, und seitens der „Times" wird man nicht zögern, diese Gelegenheit bestens auszunutzen.

Die deutschen Offiziösen, die sonst mit Dementis nichtigster Art gleich bei der Hand sind und diese in der spinösesten Art zu verabfolgen lieben, hüllen sich gestern in absolutes Schweigen. Das ist natürlich mehr als auffallend.

Im Reichstage

nahm gestern zunächst der bayerische Bundesratsbevollmächtigte Dr. Burkhard den bayerischen Finanzminister gegen den von nationalliberaler Seite ausgesprochenen Verdacht in Schutz, dieser sei ein Freund direkter Reichssteuern. Dann stimmte der Sozialdemokrat Hoch den vorgestrigen Ausführungen des Grafen Kanitz über die Syndikate zu, um sich im weiteren Verlaufe seiner Rede anklagend über die gegenwärtige Wirtschaftsordnung im allgemeinen zu äußern und im besonderen über die Rentenverkürzungspraxis der Berufsgenossenschaften sowie den Krieg zwischen den Krankenkassen und den Aerzten. Hierdurch rief er natürlich den Abgeordneten Dr. Mugdan (freisinnige Volkspartei) auf den Plan, der sich eingehend in die von den Krankenkassen geübte Geschäftspraxis den Aerzten gegenüber verliefte.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg gab eine Reihe von prinzipiellen Erklärungen ab. Bezüglich der Einwirkung der Armenunterstützung auf die Wahrnehmung öffentlicher Rechte erkannte er an, daß die Bestimmung, wonach die Empfänger von „Armenunterstützung" politisch rechtlos sind, nicht mehr mit der gegenwärtigen Entwickelung in Uebereinstimmung steht, denn durch unsere sozialpolitische Gesetzgebung habe das Unterstützungswesen einen ganz anderen Charakter erhalten als früher. Im übrigen schwebt die Angelegenheit im Reichsamte des Inneren. Nicht berechtigt sind dagegen nach der Ansicht des Staatssekretärs die Bedenken gegen die von der preußischen Regierung eingeführten Ausweispapiere für ausländische Arbeiter. Das ist zu bedauern. Ebenso, wenn der Staatssekretär bestreitet, daß in Deutschland die Kartelle eine politische Macht seien. Der Zuruf „Aber sehr!" war gegenüber dieser seltsamen Erklärung nur zu berechtigt. Immerhin habe die Reichsregierung den Wunsch, den Auswüchsen der Kartelle einen Riegel vorzuschieben. Ob dieser Wunsch nicht zu den „frommen" gehört?

Heute und Montag macht der Reichstag „Heimatferien", am Dienstag sollen die Beamteninterpellationen beraten werden.

Wahlmännerextrazüge.

Die Konservativen möchten ihr geliebtes Dreiklassenwahlsystem am liebsten in Watte packen. Diesem Bestreben entsprang ein freikonservativer Antrag, der gestern im Abgeordnetenhause bei der Weiterberatung des Eisenbahnetats zur Debatte stand, und in dem für die Wahlmänner freie Fahrt oder im Notfalle die Stellung von Extrazügen nach dem Wahlort gefordert wird. Selbstverständlich gönnen wir den Vormündern der Urwähler alle Bequemlichkeiten bei der Ausübung ihrer Mandate. Besser stände es aber um Preußen und seine Wähler, wenn es überhaupt kein indirektes Dreiklassenwahlsystem gäbe. Nicht übel angebracht war der Spott, mit dem der Zentrumsabgeordnete Kirsch vorschlug, die Wahlmänner in der ihrer Ableitung entsprechenden Wagenklasse zu befördern, damit nicht etwa Herr v. Brandenstein gezwungen ist, mit Zeitgenossen zusammen zu kommen, die — schrecklich — sich mit „Röllchen" geschmückt haben! Der Antrag, der den Witzblättern vermutlich reichen Stoff geben wird, ging an die Budgetkommission.

Beim Eisenbahnetat wurden von freisinniger Seite Wünsche zugunsten einer besseren Besoldung und eines leichteren Dienstes des unteren Betriebspersonals, der Lokomotivführer und Heizer, der Weichensteller und Streckenarbeiter vorgebracht; ebenso dürfe den Arbeitern das Koalitionsrecht nicht vorenthalten werden. Die letzte „Zumutung" wies Minister Breitenbach mit einem Entsetzen von sich, das bezeichnend ist; und auch gegenüber allen materiellen Forderungen hielt er die Hand fest auf der Tasche; eine Lohnerhöhung von zehn Pfennig pro Mann und Tag bedeute eine Mehrausgabe von zehn Millionen im Jahre, so rechnete er dem Hause vor, und mit gesinnungstüchtigem Schauder vernahmen das die Konservativen, trotzdem der reine Ueberschuß der Eisenbahnen mehr als eine halbe Milliarde beträgt. Mit einer kleinen Ausemandersetzung über das Kohlensyndikat, das sich beim Minister großer Beliebtheit erfreut, schloß die Debatte, die heute fortgesetzt werden soll.

Deutschland und die Brüsseler Weltausstellung.

Bei der durch die „Ständige Ausstellungskommission für die deutsche Industrie" am 11. Januar nach Düsseldorf einberufenen Ausstellungskonferenz hatten sich die dort zu Wort gekommenen Vertreter der deutschen Industrie überwiegend gegen eine Beteiligung Deutschlands an den für das nächste Jahrfünft bevorstehenden Weltausstellungen ausgesprochen. In Berücksichtigung der hierbei hervorgehobenen Gesichtspunkte ist seitdem die Frage einer Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung Brüssel 1910 einer eingehenden Prüfung innerhalb der Reichsverwaltung unterzogen worden. Im Zusammenhang hiermit hat der Staatssekretär des Inneren vor wenigen Tagen Vertreter des deutschen Wirtschaftslebens eingeladen, um mit diesen die Angelegenheit zunächst in engem Kreise zu erörtern.

Hierbei hat Herr v. Bethmann-Hollweg darauf hingewiesen, daß es aus allgemeinen Rücksichten und wirtschaftspolitischen Gründen erwünscht sei, eine der Bedeutung der Brüsseler Veranstaltung wie den freundnachbarlichen Beziehungen zu Belgien entsprechende Vertretung des deutschen Gewerbefleißes auf dieser Ausstellung anzustreben. Der Staatssekretär hat ferner mitgeteilt, daß die Reichsverwaltung in Aussicht genommen habe, die Brüsseler Weltausstellung von Reichs wegen zu beschicken und die Ständige Ausstellungskommission mit der Bildung eines besonderen Ausstellungscomités zu betrauen, dem in Hand mit dem gegebenenfalls zu ernennenden Reichskommissar die weitere Behandlung obliegen soll.

Nachdem sich hierauf mehrere Vertreter wichtiger Industrien zu diesen Erklärungen zustimmend äußerten und sich für eine Beschickung aussprachen, hat der Staatssekretär die Ständige Ausstellungskommission ersucht, nunmehr das Comité für die Weltausstellung Brüssel 1910 zu bilden.

Eine Auskunftstelle im Auswärtigen Amte.

Wie offiziös mitgeteilt wird, ist kürzlich im Auswärtigen Amt auf Veranlassung des Staatssekretärs eine Auskunftstelle geschaffen worden, der es obliegt, solche Personen, die zur Betreibung geschäftlicher Angelegenheiten persönlich im Auswärtigen Amt erscheinen, direkt an die zuständigen Stellen zu verweisen. Auf diese Weise sollen den Betreffenden überflüssige Gänge und Weiterungen, vielen Beamten aber unnütze und fruchtlose Besuche erspart werden.

Ferdinands Hochzeit.

Die „Geraer Zeitung" schreibt: Den über die Vermählung des Fürsten von Bulgarien mit der Prinzessin Eleonore von Reuß j. L. in der auswärtigen Presse verbreiteten, gänzlich aus der Luft gegriffenen Nachrichten gegenüber, wonach auf dem Schlosse Osterstein nur ein evangelischer Gottesdienst, aber keine kirchliche evangelische Trauung (soll heißen Einsegnung der Ehe. Red. der „Berl. Volks-Ztg.") stattgefunden habe, wird hierdurch auf Befehl des Erbprinzen amtlich festgestellt, daß am 1. März d. J., mittags zwölf Uhr in der Schloßkirche zu Osterstein eine vollgültige evangelische kirchliche Trauung unter strenger Beobachtung aller agendarischen Vorschriften der evangelischen Kirche vollzogen worden ist. Die entgegengesetzten Ausführungen anderer Blätter enthalten eine völlige Entstellung der Tatsachen und kennzeichnen sich als dreiste Erfindung.

Die Regierung über die Wertzuwachssteuer.

Die Gemeindekommission des Abgeordnetenhauses verwarf gestern die Petition des Bodenreformers Damaschke um Einführung der staatlichen Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses am Boden.

Die Regierung nahm die Gelegenheit wahr, sich grundsätzlich zur Sache zu äußern:

„Man solle diese Steuer den Gemeinden überlassen, damit sie ihre hohen Einkommensteuern ermäßigen können. Dadurch würde die Einkommensteuer für den Staat belebungsfähiger. Man solle die Steuergebiete mehr abgrenzen und sich nicht gemeinschaftlich auf neue Steuerobjekte stürzen. Durch Aufspaltung einer staatlichen Zuwachssteuer die Entwickelung der kommunalen stören, wäre um so verkehrter, als es sich um eine ganz neue, wenig erprobte Steuer handele, von der so viel feststeht, daß sie sich in unser Staatssteuersystem nicht einfügt und für die Besteuerung durch den Staat nicht geeignet ist. Im engeren Kreis der Gemeinde läßt sich der Einfluß ihrer Veranstaltungen auf Grundbesitz und Gewerbe übersehen und auch bei Gestaltung der Gemeindegewerbesteuer darauf Rücksicht nehmen, ob die Sondervorteile des Grundbesitzes neben der Gemeindegrundsteuer auch durch eine Wertzuwachssteuer ausgeglichen werden. Die Zuwachssteuer aber läßt sich nach den lokalen Verhältnissen gestalten, und wenn eine Steuer eine Schematisierung nicht verträgt, sondern individuelle Gestaltung erfordert, so ist es die Wertzuwachssteuer. Was in einer Gemeinde gerecht ist, braucht es noch nicht in einer anderen zu sein. Die staatliche Wertzuwachssteuer könnte unmöglich auf die berechtigten örtlichen Verschiedenheiten in auch nur annähernd gleicher Weise Rücksicht nehmen, und sie würde daher an zahllosen Orten, wo eine den lokalen Verhältnissen Rechnung tragende kommunale Wertzuwachssteuer willig getragen wird, als unbillige Härte empfunden werden."

Die Kommission stimmte im allgemeinen diesen Ausführungen bei und war der Ansicht, die Gemeinden könnten bei einer Wertzuwachssteuer viel besser die örtlichen Eigentümlichkeiten berücksichtigen als der Staat.

Die Jubiläumsüberraschung.

Die „Hohaer Zeitung" schreibt:

„Ein in einem benachbarten Dorfe tätiger Lehrer ist 25 Jahre im Schulamte gewesen. Die Ortsbewohner wollten ihren beliebten Lehrer durch eine Feier überraschen, zu welchem Zwecke die Diele im Lehrerhause festlich geschmückt werden sollte. Da ein Haufen Futterkohl beiseite geschafft werden mußte, erbat ein Mitglied der Teilnehmer von dem nichtsahnenden Lehrer, der gerade Unterricht hatte, ein paar Jungen zur Fortschaffung des Futters. Diese harmlose Bitte vermochte der Lehrer nicht abzuschlagen — zu seinem Unglück! Kurz nachdem die Bitte gewährt war, betrat der Herr Revisor plötzlich das Schulzimmer. Zu die Beglückwünschung zum Festtage schloß sich als besonders taktvolles Geschenk — eine Revision! Dabei fragte der pflichtengetreue Herr: „Wo sind die oberen Knaben?" — Lehrer: „Die sind auf kurze Zeit beurlaubt." — Revisor: „Wie kommen Sie dazu, wissen Sie, daß Sie solches nicht dürfen?" — Lehrer: „Ja, aber —" — Revisor: „Solchen Ungehorsam muß ich der Behörde melden." — Nach einiger Zeit erhielt der jäh aus seinem Festrausch gerissene Lehrer ein Strafmandat über 40 Mark."

Als bleibende Erinnerung an die 25jährige Arbeit und an das schöne Jubiläum! Und bei dieser Behandlung, bei schlechter Bezahlung wundert man sich über den Lehrermangel!

Der ausgewiesene Deutsche.

Ueber die „Ausweisung eines schiffbrüchigen Deutschen aus einer deutschen Kolonie" wird in der Presse eine Mitteilung verbreitet, die von der „N. Pol. Korr." wie folgt erläutert wird: Der in Rede stehende Deutsche, ein früher in Samoa angesiedelter Ansiedler Etting war auf dem Schiff einer australischen Firma in Zahlt eingetroffen. Da er jedoch weder Subsistenzmittel noch eine Arbeitsgelegenheit nachzuweisen vermochte, so wurde er auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen veranlaßt, wieder an Bord zu gehen. Kurz darauf ging der englische Schoner bei seinen Kreuzfahrten unter und Etting kam mit der englischen Mannschaft zusammen auf einem anderen Fahrzeug abermals an Land. Der damals in Vertretung des Bezirkskommissars zuständige Beamte ließ nun allerdings die gesamte gerettete Mannschaft, also auch den Deutschen Etting, nach Australien bringen. Daß er dazu in diesem zweiten Falle nicht befugt war, hat das Gouvernement von Deutsch-Neu-Guinea nachträglich ausdrücklich anerkannt, indem es die Kosten des Rücktransportes für Etting freiwillig auf Reichsmittel übernahm. Die betreffende australische Reederei hat dafür dem Gouvernement schriftlich ihren Dank ausgesprochen.

König Eduard in Paris.

Wie ein Telegramm aus Paris meldet, sah der König von England gestern den Ministerpräsidenten Clemenceau und den Minister des Aeußeren Pichon zum Frühstück bei sich. Gestern nachmittag haben Präsident Fallieres und König Eduard Besuche ausgetauscht.

Eine neue Marokko-Note.

Der französische Botschafter Cambon hat der deutschen Regierung die schon angekündigte Note überreicht, die von der Entsendung der Verstärkungen nach Marokko offiziell Mitteilung macht.

Die amerikanische Präsidentschaftswahl.

Aus Omaha, 6. März, meldet der Telegraph: Die demokratische Konvention von Omaha sprach sich gestern für die Präsidentschaftskandidatur Bryans aus. Dieser unterwarf die Politik der Republikaner in bezug auf die Trusts, Tarifreform, Eisenbahngesetzgebung und die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit einer scharfen Kritik. Er erklärte, die Republikaner eigneten sich die demokratischen Lehren an, unterließen es aber, sie anzuwenden. Die Demokraten wären untereinander einig, während die Republikaner geteilt wären. So wie die Republikaner im Jahre 1896 einen Teil der Demokraten benutzt hätten, um die demokratische Partei zu schlagen, so solle in diesem Jahre ein Teil der Republikaner verwendet werden, um den anderen zu schlagen.

Der „Tatsu Maru"-Zwischenfall

hat eine Verschärfung erfahren. Das Bureau Reuter meldet aus Hongkong: Der Vizekönig von Kwantung hat beschlossen, das japanische Schiff „Tatsu Maru" festzuhalten trotz der Befehle von Peking, die Angelegenheit in freundschaftlicher Weise zu regeln.

Kiel, 6. März. Der Kreuzer „Hamburg" hat heute die Fahrt nach dem Mittelmeer angetreten, um als Begleitschiff während der Reise des Kaisers zu dienen.